

## Rheinprojekt ist terminiert

Mit dem Vorliegen des Auflageprojekts ist für die geplante Rheinaufweitung bei Maienfeld/Bad Ragaz ein Meilenstein gesetzt. Die Vorprüfung der Behörden läuft, und auch das Mitwirkungsverfahren für die Bevölkerung startet nächste Woche. Die öffentliche Planaufgabe sehen die Verantwortlichen im Frühling 2023 vor, sodass im Winter 2024/25 die Bagger auffahren können. In einer ersten Bauetappe von fünf Jahren soll der Rhein auf Seite Bad Ragaz aufgeweitet werden. Dann folgt eine zwei bis fünf Jahre dauernde Beobachtungspause, ehe die zweite Bauetappe von zwei Jahren auf Seite Maienfeld in Angriff genommen werden kann. (ke)

REGION SEITE 6

## Banger Blick nach England

Angesichts der eskalierenden Corona-situation in Grossbritannien beziehungsweise Südostengland plädiert der Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset für eine Verschärfung der Schutzmassnahmen. Bei der zu erwartenden Ausbreitung der zurzeit in Grossbritannien grassierenden, ansteckendere Virusvariante seien ohne zusätzliche Massnahmen auch hierzulande bald wesentliche höhere Ansteckungsziffern zu befürchten, warnte Berset gestern. Ob und wie weit er sich mit dieser Haltung innerhalb des Gesamtbundesrats wird durchsetzen können, weist sich morgen. Dann nämlich diskutiert die Landesregierung über die weiteren Coronamassnahmen. (red)

NACHRICHTEN SEITE 17

## Demokraten machen Ernst

Nach der Erstürmung des US-Kapitols durch Anhänger von Präsident Donald Trump haben die Demokraten im US-Repräsentantenhaus eine Resolution eingebracht, um ein zweites Amtsenthebungsverfahren gegen den abgewählten Präsidenten einzuleiten. Das erklärte der demokratische Abgeordnete Ted Lieu gestern über Twitter. Die Demokraten hatten Vizepräsident Mike Pence bereits in den vergangenen Tagen dazu aufgefordert, Schritte zu ergreifen, um Trump abzusetzen. Der Zusatzartikel 25 ermöglicht es dem Vizepräsidenten, den Präsidenten mit einer Mehrheit wichtiger Kabinettsmitglieder für amtsunfähig zu erklären. Pence schweigt bisher zu diesen Forderungen. (sda)

NACHRICHTEN SEITE 19

# Die Hilferufe werden immer eindringlicher

Jetzt fordern auch 16 Gemeindepräsidenten finanzielle Soforthilfe von der Bündner Regierung. Neben der Gastronomie leiden auch die Freizeitbetriebe.

von Pierina Hassler, Patrick Kuoni und Dario Morandi

Die Forderung der Parteien nach finanziellen Soforthilfen durch die Bündner Regierung (Ausgabe von gestern) erhält zusätzliche Unterstützung. 16 Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten aus dem ganzen Kanton wenden sich in einem gemeinsamen Schreiben an die Exekutive. Es brauche jetzt dringend ein umfassendes Hilfspaket, heisst es darin.

### Die Grossen sind dabei

Unterzeichnet ist der Brief an die Regierung von den Präsidentinnen und Präsidenten besonders der grossen Bündner Gemeinden – darunter Chur, Davos, St. Moritz und Landquart. Die finanziellen Hilfen des Kantons

sollen nicht an allfällige Beiträge des Bundes angebunden werden, heisst es in dem Schreiben weiter. Die Forderung gelte «auch – und umso dringlicher – für den Fall, dass der Bund die Betroffenen erneut nicht unterstützen wird».

Der Bund wird am Mittwoch über neue Massnahmen im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus informieren. Praktisch sicher ist, dass die bestehenden Regelungen bis Ende Februar verlängert werden (Ausgabe vom Donnerstag). Damit würden Gastronomiebetriebe, Freizeitanlagen sowie Museen für weitere fünf Wochen geschlossen. Zusätzlich zur Verlängerung der bestehenden werden auch zusätzliche Massnahmen diskutiert.

### Nicht nur Gastronomie leidet

Auch wenn die Gastronomie derzeit im Fokus der Wahrnehmung steht:

Auch andere Branchen leiden unter der vom Bund angeordneten Schliessung. Dies betrifft unter anderem Betriebe wie Fitnesszentren, Kletterhallen und Sportanlagen. «Wir haben momentan Hauptsaison. Jetzt müssen wir Einnahmen machen», sagt etwa Paul Sennrich, Inhaber des Churer Kletterzentrums Ap 'n Daun. Wie andere Betreiber von Freizeitanlagen fordert er deshalb finanzielle Entschädigungen.

### Skeptische Wirtschaft

Zu den möglichen Verschärfungen, welche der Bund am Mittwoch präsentieren könnte, gehört auch eine Homeoffice-Pflicht statt der heutigen Empfehlung, von zu Hause aus zu arbeiten. Die Bündner Wirtschaft steht einer solchen Pflicht kritisch gegenüber.

KOMMENTAR SEITE 2  
BERICHTE SEITE 3, 5 UND 6



Bild: Jean-Christophe Bott / Keystone

## Abräumen am Lauberhorn

**Aus für den Skiklassiker:** Die traditionsreiche Weltcup-Abfahrt am Lauberhorn in Wengen fällt definitiv dem Coronavirus zu Opfer. Nach langem Hin und Her kam gestern die Absage. Kitzbühel springt als Ersatzort für die Berner ein.

SPORT SEITE 22

## NACHRICHTEN

**Wer ersetzt die Kanzlerin?** Die deutsche Regierungschefin Angela Merkel kandidiert im September nicht mehr. Fünf Männer konkurrieren um die Nachfolge. SEITE 18



Bild: Keystone

## MARKT

**Leuchttürme im Tourismus:** In den Ferien schauen wir uns Sehenswürdigkeiten an. Doch warum überhaupt? SEITE 16

## SPORT

**Brisanter Wechsel:** Teamchef Mauro Gianetti spricht über den Zuzug von Radprofi Maro Hirschi in die Equipe VAE Emirates. SEITE 22

## Wetter heute

Nord- und Mittelbünden



-8° / -1°  
Seite 27

## Inhalt

Region	3	Nachrichten	17
Todesanzeigen	13	Sport	22
Forum	14	Sport Region	24
Kultur Region	15	TV-Programm	26
Markt	16	Wetter / Börse	27

**Zentralredaktion** Sommetastrasse 32, Postfach, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, E-Mail: graubuenden@suedostschweiz.ch  
**Reichweite** 163 000 Leser (MACH-Basic 2020-2) **Kundenservice/Abo** Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch  
**Inserate** Somedia Promotion, Sommetastrasse 32, 7007 Chur, Tel. 081 255 58 58, E-Mail: chur.promotion@somedia.ch



Bewährte Immobilien-Kompetenz auch in Ihrer Region.

Aquasanastrasse 8, 7000 Chur  
081 254 37 70 • www.ginesta.ch

Ginesta Immobilien

Leading REAL ESTATE COMPANIES OF THE WORLD

SVIT

Ungeduldig?



suedostschweiz.ch/  
abendausgabe

südostschweiz